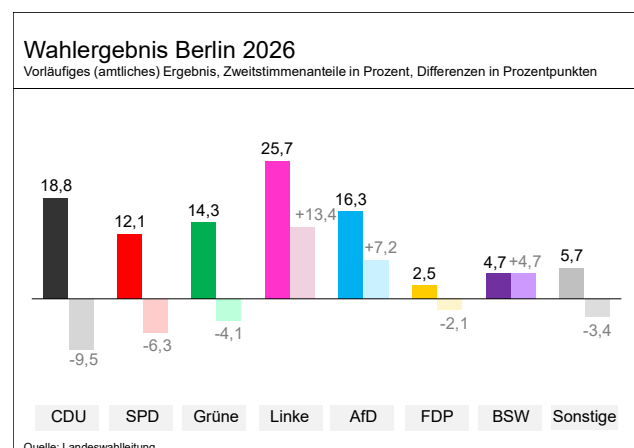




20. September 2026

Linke stärkste Partei bei einer Wahl ohne echten Sieger

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin hat die CDU hohe Verluste (minus 9,5 Prozentpunkte) und kommt auf 18,8%. Die SPD verschlechtert ihr bis dato schwächstes Ergebnis in Berlin von 2023 nochmals auf jetzt 12,1% (minus 6,3). Die Grünen landen mit 14,3% vor der SPD, verlieren aber ebenfalls (minus 4,1). Die Linke wird stärkste Partei mit 25,7% und verdoppelt ihre Stimmenanteile (plus 13,4). Die AfD verbessert sich auf 16,3% (plus 7,2). Die FDP holt 2,5% (minus 2,1) und schafft wie das BSW (4,7%) nicht den Einzug ins Berliner Abgeordnetenhaus. Alle sonstigen Parteien erreichen zusammen 5,7% (minus 3,4). Die Wahlbeteiligung steigt deutlich auf 74,2% (plus 11,3).

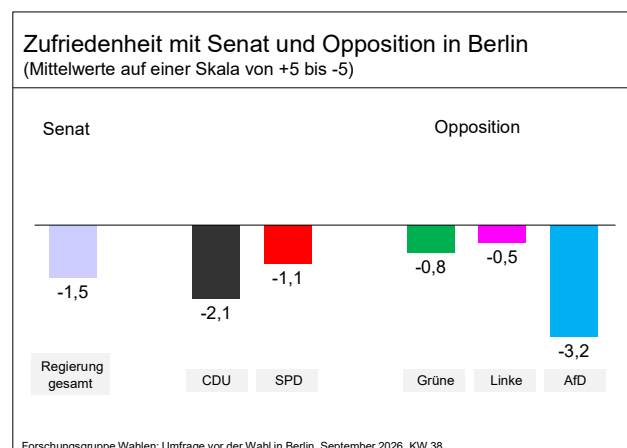


Wahlergebnis: Viel Unzufriedenheit und kaum Alternativen

Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus in Berlin gibt es viel Unzufriedenheit und kein einziges politisches Angebot, das unterm Strich überzeugt. Überlagert von viel Kritik am Senat und auch an der Opposition haben in Berlin erstmals ausnahmslos alle Parteien ein Negativimage. Die Spitzenkandidaten für das Amt des/der Regierenden Bürgermeisters/in werden durchweg schwach bewertet und bei den Sachthemen profilieren sich die Parteien meist nur mit Einzelthemen. Mit 80% sprechen so viele Wahlberechtigte wie noch nie von einer schlechten Zukunftsvorbereitung der Stadt und für 45% ist „keine Partei geeignet, die Probleme in Berlin zu lösen“. Auch die AfD gilt hier nicht als Alternative: Bei einer weitaus kritischeren Sicht auf die AfD als bei den Wahlen in den ostdeutschen Flächenländern gibt es in Berlin ein sehr deutliches Nein zu einer AfD-Regierungsverantwortung.

Landes- und Bundespolitik: Rückmeldung rundum negativ

Das schwache Abschneiden von CDU und SPD erklärt sich zunächst leistungsbezogen: Auch wenn die Berlinerinnen und Berliner mit ihrem Senat schon immer relativ kritisch ins Gericht gegangen sind, gab es nie zuvor für eine Landesregierung schlechtere Noten (+5/-5-Skala: -1,5). Symptomatisch ist zudem eine Opposition, deren Arbeit durchweg kritisch gesehen wird, wenngleich auf unterschiedlichem Niveau (Grüne: -0,8; Linke -0,5; AfD: -3,2). Das negative Image betrifft die Parteien im Land Berlin und die Bundesparteien gleichermaßen. Die Bundesregierung (-2,2) sowie Bundeskanzler Friedrich Merz (-2,7) stehen auch in Berlin extrem stark in der Kritik.



Themen: Wenig Bund und viele Großstadtprobleme

Allerdings war der bundespolitische Einfluss wie immer in Stadtstaaten relativ gering: Für 28% der Befragten gab die Bundespolitik den Ausschlag für ihre Wahlentscheidung, für 67% war aber das Geschehen in ihrer Stadt wichtiger.

Parteikompetenzen in Berlin im Bereich ...

	CDU	SPD	Grüne	Linke	AFD
Wirtschaft	21	9	10	15	12
Soziale Gerechtigkeit	9	20	9	31	10
Verkehr	16	8	30	8	10
Schule/Bildung	14	13	14	19	7
Wohnungsmarkt	10	9	4	34	6
Kriminalitätsbekämpfung	27	4	4	9	19
Lösung zukünftiger Probleme	16	8	14	17	12

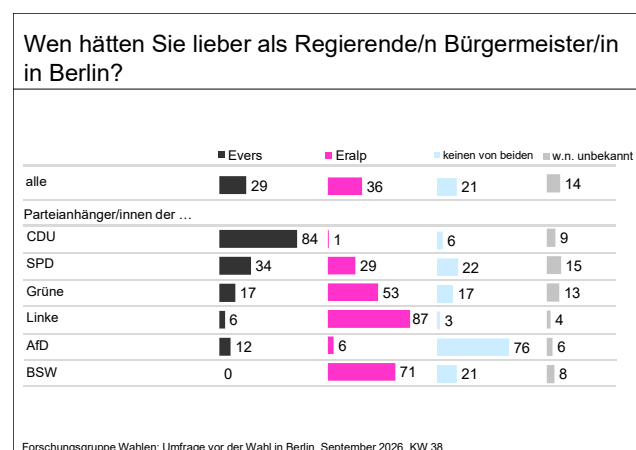
Forschungsgruppe Wahlen: Umfrage vor der Wahl in Berlin, September 2026, KW 38

Beim mit Abstand wichtigsten Berliner Top-Thema „Mieten und Wohnungsmarkt“ genießt die Linke den

weitaus größten Kompetenzzuspruch. Dass Enteignungen großer Wohnungsbaugesellschaften hier die Probleme lösen würden, glaubt aber weiterhin nur eine Minderheit (36%; 2023: 30%). Beim zweitwichtigsten Thema „Verkehr“ setzen die meisten auf die Politik der Grünen. Die CDU – und dahinter die AfD – punkten beim Thema „Kriminalitätsbekämpfung“.

Regierende/r Bürgermeister/in: Selten schwache Spitzenkandidaten/innen

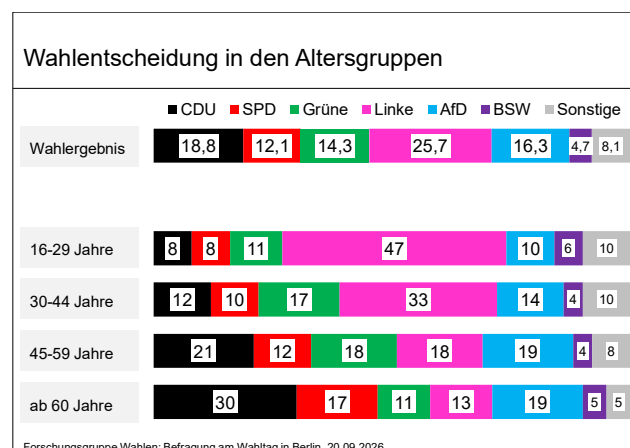
Bei einer Wahl ohne Amtsbonus konnte sich keine/r der Kandidierenden inhaltlich abheben oder von großer Bekanntheit profitieren. So gab es für die Spitzenkandidaten/innen flächendeckend wenig Rückhalt und sehr schwache Bewertungen auf der +5/-5-Skala: Stefan Evers (CDU) -0,2, Elif Eralp (Linke) +0,1, Werner Graf (Grüne) -0,3 und Kristin Brinker (AfD) -2,3. Bei der Frage nach dem/der gewünschten Regierenden Bürgermeister/in liegt Eralp (36%) vor Evers (29%) (keinen davon 21%, kenne nicht bzw. weiß nicht 14%).



Wer wählt wen: Die Linke und die jüngeren Wähler/innen

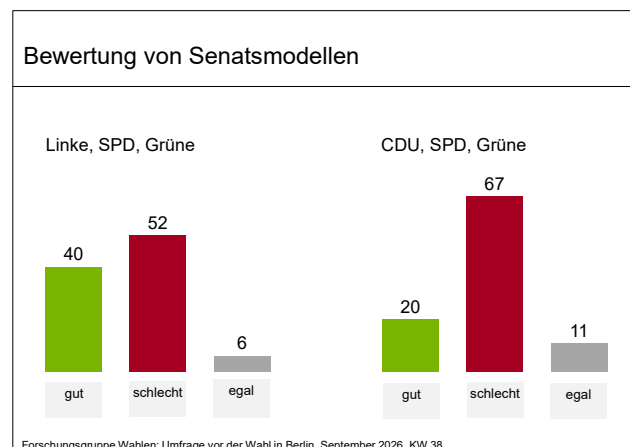
Ein maßgeblicher Aspekt für das starke Linke-Ergebnis ist die große Unterstützung der jüngeren Wähler/innen: Knapp die Hälfte der unter 30-Jährigen – 54% bei Frauen und 40% bei Männern – votieren für die Linke. Auch bei den 30- bis 44-Jährigen ist sie mit starken 33% erfolgreicher als alle anderen Parteien. In den höheren Altersgruppen kann sie sich ebenfalls verbessern. Die CDU verliert in sämtlichen Altersgruppen, bei den 45- bis 59-Jährigen

wird sie mit 21% noch knapp stärkste Partei vor AfD, Grünen und Linke. Nur in der großen und beteiligungsstarken Gruppe der ab 60-Jährigen wird sie deutlich stärkste Kraft (30%).



Senatsmodelle: Viele Vorbehalte und Nein zur AfD

Bei der Bewertung von Senatsmodellen werden alle einigermaßen realistischen Varianten mehr oder weniger stark abgelehnt. Am geringsten ist die Ablehnung dabei noch gegenüber einem rot-rot-grünen Senat. Mehr Vorbehalte gibt es gegenüber einem schwarz-rot-grünen Senat. Einen hohen Konsens gibt es jedoch in Sachen AfD: 21% aller Befragten fänden es gut, aber 73% schlecht, wenn die AfD am nächsten Senat beteiligt wäre. In Berlin sehen mit 74% weitaus mehr Bürgerinnen und Bürger in der AfD eine Gefahr für die Demokratie als in Mecklenburg-Vorpommern oder in Sachsen-Anhalt vor zwei Wochen.



(Mannheim, 21.09.2026)

Herausgeber: Forschungsgruppe Wahlen e.V.

68011 Mannheim, Postfach 10 11 21, Tel.: 0621/1233-0, FAX: 0621/1233-199

Internet: www.forschungsgruppe.de

E-Mail: info@forschungsgruppe.de

Die Zahlen basieren auf einer Umfrage der Forschungsgruppe Wahlen unter 1.175 zufällig ausgewählten Wahlberechtigten in Berlin in der Woche vor der Wahl (telefonisch/online) und auf der Befragung von 17.460 Wähler/innen am Wahltag. Weitere Grafiken und Berichte zur Wahl auf www.heute.de. Nächstes bundesweites Politbarometer am 25.09.2026. Rundungsbedingte Summenabweichungen sind möglich. Dieser Newsletter kann unter Bestellung@forschungsgruppe.de für eine jährliche Schutzgebühr in Höhe von € 20,- bestellt werden.